

beraten und beschloss

Bericht aus der Landessynode

XI. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 27. bis 30. November 2018

„Das ist unser aller Verfassungsentwurf“

„Dies ist ein besonderer Moment“, betonte Dr. Matthias Kannengießer, Präsident der Landessynode und Vorsitzender des Verfassungsausschusses, am ersten Sitzungstag. Er stellte dem Kirchenparlament den Entwurf zur Verfassungsrevision der hannoverschen Landeskirche vor und betonte die Bedeutung dieses Vorhabens: „Es ist 50 Jahre her, dass der Landessynode zuletzt der Entwurf für eine neue Kirchenverfassung vorgelegt wurde.“ Nach einem bislang beispiellosen Beteiligungsverfahren mit mehr als 400 Stellungnahmen, „harten Diskussionen in der Sache“ und einer umfangreichen Auswertungstagung mit 130 Teilnehmenden lege der Verfassungsausschuss den Entwurf nunmehr einvernehmlich vor. Zahlreiche wichtige Anregungen seien in den neuen Text eingeflossen: „Das ist unser aller Entwurf!“

Kannengießer lenkte das Augenmerk der Synodalen auf einzelne Themenbereiche, an denen er die Grundlinien der Revision verdeutlichte. So benenne der Entwurf die theologischen Grundlagen der Verfassung sehr viel deutlicher als der bisherige Text, in dem die Theologie hinter Strukturen und Ordnungen zurücktreten musste. „Heute ist es uns gelungen, theologische Grundüberzeugungen zu diskutieren und klar zu benennen – das ist gut und wichtig für eine Kirchenverfassung in einer zunehmend säkularen Welt“, so Kannengießer. Schon die Präambel beziehe sich



Dr. Matthias Kannengießer, Präsident der Landessynode und Vorsitzender des Verfassungsausschusses, stellte den Verfassungsentwurf vor.

auf die Zusage Gottes, durch die Kirche zu wirken; dies sei ein Signal der Ermutigung gegen wachsende Widerstände. Der Einladungscharakter und der durch das Evangelium begründete Freiheitsgeist würden stärker betont – in der Präambel wie auch an vielen weiteren Stellen des Verfassungsentwurfes. Neu ist auch der Bezug auf die Barmer Theologische Erklärung mit ihrem Eintreten gegen totalitäre weltliche Machtansprüche als erweiterte Bekenntnisgrundlage.

Als wichtiges Signal in heutiger Zeit bezeichnete der Synodenpräsident auch die klare Ablehnung jeder Form von Judenfeindlichkeit.

Weiter auf S. 2

Aus dem Inhalt

Beteiligungsverfahren setzt Maßstäbe	Seite 2
DWiN: Erwartungen haben sich erfüllt	Seite 3
Landessynode stärkt junge Mitglieder	Seite 4
Nostalgie ist eine verhängnisvolle Falle	Seite 8
Höchster Realzuwachs seit zehn Jahren	Seite 10

Anerkennung und zugleich Anspruch

Verfassungsentwurf benennt erstmals das Verhältnis der Kirche zum Staat

Fortsetzung von S. 1

Darüber hinaus nenne der neue Text explizit den Dialog mit anderen Religionen.

Als neu und wahrscheinlich einzigartig bezeichnete es Kannengießer, dass im Verfassungsentwurf das Verhältnis der Kirche zum Staat benannt werde: „Es bedarf einer deutlichen Anerkennung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und gleichzeitig einer Formulierung des Anspruches an den Staat, sich für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und die Menschenwürde einzusetzen.“

Der neue Verfassungstext betone im Verhältnis zwischen Kirchengemeinden und Kirchenkreis das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, nach dem Aufga-

ben nur dann auf höherer Ebene wahrgenommen werden dürfen, wenn dies von der unteren Ebene nicht ausreichend geleistet werden kann. „Dieses Prinzip, das immer wieder eingefordert wurde, steht jetzt deutlich in der Verfassung“, so der Synodenpräsident. Der Textentwurf ermögliche darüber hinaus die Entwicklung von Vielfalt, von Freiräumen auf verschiedenen Ebenen der Kirche. Dazu gehöre ein erweitertes Verständnis des Gemeindebegriffes – neben der parochialen Ortsgemeinde wird damit auch eine Personalgemeinde denkbar, deren Anerkennung allerdings an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. „Der Ortsgemeinde kommt nach wie vor Priorität zu“, betonte Kannengießer.

„Wir wissen, was wir an den jungen Menschen in unserer Landeskirche haben und wollen ihnen Mitgestaltung ermöglichen“, erklärte der Synodenpräsident die Aufnahme verschiedener weiterer Regelungen in den Verfassungstext. Zukünftig hätten Jugendsynodale auf Kirchenkreis- und Landeskirchenebene die Möglichkeit, gleichberechtigt mitzuarbeiten.

Schließlich hob Kannengießer auch das Bemühen um eine präzise und gendergerechte Sprache in allen Artikeln der neuen Verfassung hervor. Nicht möglich sei es gewesen, sprachlich auf das dritte Geschlecht einzugehen, da es dafür schlicht noch keine Vorbilder in der Rechtssprache gebe: „Das bleibt eine Aufgabe.“

Beteiligungsverfahren setzt Maßstäbe

Partizipation soll in der Landeskirche weiter ausgebaut werden

In der Aussprache zum Bericht Kannengießers hob Dr. Fritz Hasselhorn aus dem Sprengel Osnabrück für die Synodalgruppe „Lebendige Volkskirche“ das Beteiligungsverfahren zur Verfassungsreform besonders hervor: „Das setzt Maßstäbe für unser zukünftiges Handeln. Wir sind eine partizipative Kirche und wollen die Partizipation noch weiter ausbauen.“

Rolf Bade aus dem Sprengel Hannover begrüßte den im Verfassungsentwurf festgehaltenen Aufwuchs für die Landessynode hinsichtlich der theologischen Diskussion: „Das bedeutet eine Stärkung des synodalen Elements und stimmt uns zufrieden“, stellte er fest. *Weiter S. 3*



Mit Überzeugung und großer Mehrheit stimmten die Synodalen für den Bericht des Verfassungsausschusses zur Kirchenverfassung.

Ziel ist der 1. Januar 2020

Prozess der Verfassungsrevision umfasst rund fünf Jahre

Fortsetzung von S. 2

Die Synodalgruppe „Gruppe Offene Kirche“ werde dem Entwurf im Grundsatz gerne und überzeugt zustimmen, so Rolf Bade.

Mit großer Mehrheit stimmte auch die Landessynode mehreren Anträgen des Verfassungsausschusses zu, die das

weitere Verfahren auf dem Weg zu einer neuen Kirchenverfassung regeln. So werden die Redebeiträge der XI. Tagung sowie weitere Stellungnahmen der Synodalen-Ausschüsse und der beteiligten kirchenleitenden Organe dem Verfassungsausschuss zugeleitet, der während der XII. Tagung der Landes-

synode im Mai 2019 erneut berichten wird. Anschließend soll das Kirchenparlament die neue Kirchenverfassung beschließen; im Januar 2020 könnte sie dann in Kraft treten. Mit dem Inkrafttreten wird ein rund fünfjähriger Prozess zur Verfassungsrevision abgeschlossen sein.

„Die Erwartungen haben sich erfüllt“

Tätigkeitsbericht des DWiN zeigt Erfolge und große Herausforderungen auf

„Es fasziniert mich immer wieder, wie Christus sich gleichmacht mit Menschen in Not“ – mit diesen Worten leitete Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher des Diakonischen Werkes evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V. (DWiN), seinen Tätigkeitsbericht vor der Landessynode ein. Daraus abgeleitet fuhr er fort: „Unser Maßstab für diakonisches Handeln sollte nicht das sein, was wirtschaftlich attraktiv ist – Maßstab sollte Jesu' Frage ‚Was willst du, das ich dir tun soll?‘ sein.“

Zum zweiten Mal erstattete das Diakonische Werk in Niedersachsen vor der Landessynode Bericht, zum ersten Mal übernahm Hans-Joachim Lenke diese Aufgabe. Und er erzählte von einer Erfolgsgeschichte: „Das gemeinsame Werk der Kirchen in Niedersachsen hat sich bewährt; die Erwartungen, die mit der Gründung verbunden waren, haben sich erfüllt.“ Es sei gut, die Interessen der früher eigenständigen Diakonischen Werke zu bündeln: „Wir irritieren unsere Partner nicht mehr, wenn sie mit verschiedenen Kirchen über Rahmenverträge verhandeln müssen.“ Als Anliegen für die Zukunft nannte

Lenke die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und eine noch stärkere Dienstleistungsorientierung. Als besondere Herausforderungen bezeichnete er die Integration geflüchteter Menschen vor dem Hintergrund eines veränderten politischen und gesellschaftlichen Diskurses, die Digitalisierung in den diakonischen Einrichtungen, die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel, das Thema Armut und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

„Die Arbeit mit Geflüchteten ist für uns ein großer Auftrag und wir sind sehr dankbar, dass Sie als Landessynode sehr schnell die Mittel bewilligt haben, mit denen uns eine angemessene Reaktion möglich war“, betonte der DWiN-Vorstandssprecher. Von der Öffentlichkeit sei Kirche in diesem Zusammenhang als klar handelnd wahrgenommen worden.

Ein anderes großes Thema sei das in Niedersachsen traditionell schlechte Verhältnis zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern in der diakonischen Arbeit. Seitens der Kostenträger werde starker Druck ausgeübt – dies



Hans-Joachim Lenke berichtete der Landessynode.

sei nur schwer verträglich mit der Tarifreue, an der festzuhalten klares Ziel des DWiN-Vorstandes sei. Versorgungsstrukturen würden aufgrund des Kostendrucks an die Wand gefahren und Pflegeberufe unattraktiv gemacht. Zwar würden formal die Tarife durch die Kostenträger anerkannt, eine Untersuchung habe jedoch ergeben, dass Wegezeiten nicht ausreichend berücksichtigt würden. Weiter auf S. 4

„Wir brauchen den Diskurs“ Neue KKO

Landessynode will Verteilungsgerechtigkeit thematisieren

Fortsetzung von S. 3

„Wir fordern eine Preiserhöhung von 3,8 Prozent für die Pflege im Haus und von 39,7 Prozent für die Wege“, sagte Lenke. Widerspruch forderte er heraus mit seiner Einschätzung, Androide (Pflegeroboter) könnten in der Pflege besser sein als nicht vorhandene Pflegekräfte.

„Androide sind ein Schritt in Richtung Betrug am Patienten, wenn Pflege nur noch vorgegaukelt wird – die Diakonie sollte das genau im Blick behalten“, forderte Birgit Thiemann aus dem Sprengel Lüneburg. Der Jugenddelegierte Claas Goldenstein warnte vor einer Verletzung der Privatsphäre von Patientinnen und Patienten, wenn Androide Gespräche aufzeichneten. Er warb für große Vorsicht beim Einsatz von Pflegerobotern.

Vor dem Hintergrund verbreiteter Armut in Niedersachsen kritisierte Hans-Joachim Lenke die neu eingeführte Beitragsfreiheit in Kindergärten:

„In Qualität wäre das Geld allemal besser investiert.“ Nötig seien Investitionen in Familienzentren und qualitativ hochwertige Ganztagschulen. Es sei beschämend, dass jedes fünfte Kind in Niedersachsen von Armut bedroht sei und Kinder aus benachteiligten Familien nach wie vor schlechtere Bildungschancen hätten. Kirche und Diakonie müssten dazu deutlich Stellung beziehen: „Wir brauchen einen Diskurs über die Verteilung von Reichtum in unserer Gesellschaft, auch um des gesellschaftlichen Zusammenhalts willen.“

Marie-Luise Brümmer aus dem Sprengel Hannover forderte die Landessynode auf, den politischen Diskurs zum Thema Verteilungsgerechtigkeit mit Nachdruck zu verfolgen; Dr. Jens Rannenber, Vorsitzender des Diakonieausschusses, regte an, die 26. Landessynode möge Armut und Verteilungsgerechtigkeit zu einem grundlegenden Thema machen.

Erste Überlegungen für eine neue Kirchenkreisordnung (KKO) stellte Oberlandeskirchenrat Dr. Rainer Mainusch der Landessynode vor. In dem Aktenstück gehe es darum, auf Veränderungen in der Lebenswirklichkeit der Kirche zu reagieren. Die neue KKO stelle einen Rahmen dar, der als Werkzeugkoffer gedacht sei, um kirchliches Leben nach den jeweils aktuellen Rahmenbedingungen zu gestalten. Der Entwurf sieht eine Stärkung des Superintendentenamtes, die Entwicklung der Beteiligungs- und Kommunikationsstrukturen im Kirchenkreis sowie eine Betonung der Zusammenarbeit von Leitungspersonen vor.

Der Schwerpunktausschuss der Landessynode wird den Entwurf federführend beraten und prüfen, wie in den Kirchenkreissynoden der Anteil der unter 30-Jährigen auf 20 Prozent erhöht werden könne. Die Landessynode beschloss auch, die Erprobung eines Kirchenkreises mit mehreren Amtsbereichen, die aktuell im Kirchenkreis Hildesheimer Land-Alfeld läuft, zu verlängern.



Die 24-jährige Sophie Dankert arbeitet als Jugenddelegierte in der Landessynode mit.

Mindestens 20 Prozent

Landessynode stärkt die Position junger Menschen

Die Landessynode lässt ihrem Anspruch, junge Menschen stärker an Entscheidungen zu beteiligen, Taten folgen: Ohne Gegenstimme verabschiedete das Kirchenparlament eine Neufassung des Landessynodalgesetzes, das erstmals bei der Bildung der 26. Landessynode im Jahr 2019 Anwendung finden wird.

Bereits bei der Aufstellung der Kandidierenden in den 48 Kirchenkreisen der Landeskirche muss sichergestellt werden, dass mindestens 20 Prozent

jünger als 30 Jahre sind. Mindestens 40 Prozent müssen Frauen, mindestens 40 Prozent Männer sein. Wird eine dieser Quoten nicht erfüllt, soll der Nominierungsausschuss zur Korrektur der Vorschläge der Kirchenkreistage und der Wahlberechtigten eigene Vorschläge auf den Wahlvorschlag setzen.

Anders als die Jugenddelegierten heute, werden die gewählten jungen Mitglieder der 26. Landessynode neben Rede- und Antragsrecht auch das Stimmrecht haben.

„Jetzt müssen Taten folgen“

Hella Mahler skizziert Präventionsmaßnahmen gegen sexualisierte Gewalt

Der Schutz vor sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche dürfe kein Nebenthema bleiben sondern müsse, ebenso wie die Gleichstellung der Geschlechter, eine Querschnittsaufgabe werden – diese Überzeugung äußerte Hella Mahler, Gleichstellungsbeauftragte der hannoverschen Landeskirche, in ihrem Bericht vor der Landessynode. Selbstkritisch merkte sie an, dass in der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen und in der Präventionsarbeit bereits viel getan wurde, dies jedoch nicht nach außen sichtbar gemacht worden sei: „Wir haben viel zu sehr innerkirchlich gehandelt.“

„Jetzt müssen Taten folgen“, führte Mahler weiter aus und stellte geplante oder bereits angelaufene Maßnahmen vor. So werde die Landeskirche die Dunkelfeldstudie der EKD unterstützen und alle vorhandenen Unterlagen zur Verfügung stellen. In allen kirchlichen Arbeitsfeldern werde je eine verantwortliche Person benannt und als



Hella Mahler berichtete der Landessynode zu geplanten Präventionsmaßnahmen.

Multiplikatorin oder Multiplikator geschult, um dann ihrerseits das erworbene Wissen weiterzugeben – wie dies organisiert werden könne, sei noch zu klären. Die Präventionsbeauftragte der Landeskirche, Cindy Dagott, habe bereits Materialien entwickelt, die es den Verantwortlichen ermöglichen, auf Basis einer Risikoanalyse individuelle Schutzkonzepte zu entwickeln. Mahler erinnerte die Synodalen auch daran, dass die Befristung der Stelle der Präventionsbeauftragten auf drei Jahre eine Anfrage an die Glaubwür-

digkeit der Kirche darstelle.

Die hannoversche Landeskirche sei vergleichsweise gut aufgestellt, erklärte Dr. Stephanie Springer, Präsidentin des Landeskirchenamtes. Oberlandeskirchenrat Dr. Rainer Mainusch, Leiter der Rechtsabteilung, kommuniziere seit Jahren die Null-Toleranz-Linie und arbeite in allen Verdachtsfällen gut und vertrauensvoll mit den Strafverfolgungsbehörden zusammen. Dennoch: Es bleibe die

Frage, welche typisch evangelischen Strukturen den Missbrauch möglicherweise begünstigten. „Ist unsere Theologie missbrauchsanfällig?“, fragte Springer mit Blick auf die Forderung nach Vergebung. „Haben wir das evangelische Pfarrhaus in früheren Zeiten falsch verstanden? Boten Schutzräume möglicherweise mehr Schutz für Täter als für Opfer?“ Die beauftragte wissenschaftliche Studie zu diesem Thema könne helfen, blinde Flecken aufzudecken und Präventionskonzepte zu schärfen.

Große Hindernisse für qualifizierte Arbeit

Gleichstellungsbeauftragte fühlen sich oftmals allein gelassen

In ihrem dritten Bericht vor der Landessynode stellte Hella Mahler die Ergebnisse einer Befragung unter den Gleichstellungsbeauftragten in den Kirchenkreisen vor. Diese habe ergeben, dass die Beauftragten größtenteils unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssten: „Der geringe

Stundenanteil und die ungenügende Beteiligung sind große Hindernisse für konstruktives, qualifiziertes Arbeiten.“

Die Beauftragten könnten nur dort tätig werden, wo sie in Entscheidungsprozesse eingebunden würden, fühlten sich tatsächlich aber oft-

mals allein gelassen. „Gleichstellung ist Leitungsaufgabe“, stellte Mahler klar. Die Vorgesetzten würden dieser Verantwortung jedoch nur unzureichend gerecht; manchem und manchem sei gar nicht klar, welche Rolle ihm oder ihr zukomme.

Weiter auf S. 6

Offene Baustellen machen betroffen

Jugenddelegierter regt die Einführung einer Quote für Führungspositionen an

Fortsetzung von S. 5

„Übernehmen Sie Verantwortung für Ihren Bereich“, appellierte Mahler an alle Synodalen auf kirchlichen Leitungspositionen.

Auf der mittleren kirchlichen Leitungsebene stagniere der Anteil von Frauen bei etwa 30 Prozent, führte Mahler weiter aus. Um hier etwas zu verändern, müsse beispielsweise das Wahlverfahren für Superintendentinnen und Superintendents seriöser und transparenter gestaltet werden – insbesondere Frauen ließen sich durch intransparente Prozesse von einer möglichen Bewerbung abhalten.

„Mich macht es betroffen, wie viele offene Baustellen wir im Bereich der Gleichstellung immer noch haben“, sagte der Jugenddelegierte Jonas

Jakob Drude. Er forderte, Strukturen, die die Stagnation beförderten, aufzudecken und einen neuen Weg einzuschlagen: feste Quoten, deren Missachtung Sanktionen nach sich ziehen müsse.

„Ich würde diesen Weg immer unterstützen“, erwiderte Hella Mahler und bedankte sich für den Vorstoß Drudes. Allerdings sei das Wort „Quote“ so negativ konnotiert, dass eine Diskussion schwierig werden könnte.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, wurde der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten zur weiteren Beratung in diesen Ausschuss überwiesen.



Jonas Jakob Drude hält die Einführung einer Quote für Leitungspositionen für sinnvoll.

Verantwortungsvolle Mittelverwendung

Auch 2019/2020 stellt die Landeskirche wieder Gelder für die Flüchtlingsarbeit bereit



Jörn Surborg forderte Klarheit und Haltung in schwierigen Zeiten ein.

„Die Herausforderungen, die vor uns liegen, erfordern Klarheit und Haltung.“ Diese Aussage stellte Jörn Surborg, Synodaler aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen und Vorsitzender des Landessynodalausschusses, ans Ende seines Tätigkeitsberichtes für den Zeitraum von Juni bis November 2018. Das Statement bezog sich auch und nicht zuletzt auf den Anfang seiner Ausführungen, in denen er die Bedingungen, unter denen kirchliche Flüchtlingsarbeit stattfindet, skizzierte. In einem zunehmend verrohenden politischen Klima müsse Kirche möglicherweise noch mehr tun, um diejenigen, die sich für Geflüchtete engagieren, vor Anfeindungen und Angriffen zu schützen. *Weiter auf S. 7*

Verlässliche Partner

Fortsetzung von S. 6

In den Haushaltsjahren 2015 bis 2017 hatte die Landeskirche den Kirchenkreisen insgesamt jeweils drei Millionen Euro zweckgebunden für die Arbeit mit Geflüchteten zur Verfügung gestellt. Diese Mittel, die noch bis Ende 2019 übertragen werden können, seien verantwortungsvoll eingesetzt worden, berichtete Surborg; auf diese Weise finanzierte Maßnahmen hätten sich bewährt. „Sie haben in besonderer Weise dazu beigetragen, dass Kirche und Diakonie

als verlässliche, starke und kompetente Partner zur Bewältigung der großen Herausforderungen in der Arbeit mit Geflüchteten gesehen werden“, stellte der Ausschussvorsitzende fest.

Im Haushaltsjahr 2019 wird die Landeskirche den Kirchenkreisen weitere zwei Millionen Euro für die Flüchtlingsarbeit zur Verfügung stellen; im Jahr 2020 werden es noch einmal 1,5 Millionen sein. Hinzu kommen jeweils 200.000 Euro für Bildungsprojekte mit geflüchteten Menschen.

Rund 1,14 Millionen

Rund 1,14 Millionen Euro stellt die Landeskirche in den Haushaltsjahren 2015 bis 2021 dem Evangelisch-lutherischen Missionswerk in Niedersachsen (ELM) für Projekte mit Geflüchteten in Südafrika und Äthiopien zur Verfügung. Anhand eines berührenden Films über die Arbeit der aus dem Kongo nach Südafrika geflüchteten Pastorin Rosalie Madika berichtete Ottomar Fricke, Vorsitzender des Ausschusses für Mission und Ökumene, den Synodalen über die erfolgreiche Verwendung der Mittel.

Das Leben kehrt nach Homs zurück

Pfarrer Mofid Karajili berichtet der Landessynode von evangelischem Leben in Syrien

„Ich bitte euch, lasst uns als Kirche gemeinsam für Liebe und Frieden kämpfen“ – diesen eindringlichen Appell richtete der syrische Pfarrer Mofid Karajili in einem Grußwort seiner Kirche an die Landessynode. Karajili ist Pfarrer der Evangelischen National-synode in Syrien und Libanon (NESSL), der 40 evangelische Kirchengemeinden in beiden Ländern angehören.

60 Prozent der syrischen Bevölkerung sind auf der Flucht, mehr als 50 Prozent aller Christinnen und Christen haben das Land verlassen, mehr als eine Million Syrerinnen und Syrer mussten nach Europa fliehen, 30 Prozent der Schulen im Land sind geschlossen, 2,5 Millionen Gebäude und 60 Prozent der Krankenhäuser zerstört – dieses grauenvolle Bild seiner Heimat zeichnete Karajili vor der Landessynode. Hinzu komme eine wachsende Not aufgrund von Preissteigerungen, die durch Sanktionen der USA und der EU verstärkt würden.

Karajili, der Pfarrer in der Stadt Homs war und jetzt für die Nationalsynode

tätig ist, berichtete, wie trotz Krieg und Not das Leben nach Homs zurückkehre. Die Schule der evangelischen Kirchengemeinde habe wieder mehr als 1.500 Schülerinnen und Schüler, obwohl viele Gemeinemitglieder geglaubt hatten, sie könne nach der Schließung im Jahr 2012 nie wieder genutzt werden. Karajili betonte die Bedeutung der Schulen für das Zusammenleben der Religionen: „Die Hälfte der Schüler sind Muslime.“

Großen Dank äußerte der syrische Pfarrer für die Unterstützung der deutschen Kirchen: „Eure Hilfe ist im Moment das Allerwichtigste, was wir während des Krieges erfahren haben. Wir brauchen diese Solidarität.“ Syrische Protestantinnen und Protestanten hätten sich als kleine Minderheit wahrgenommen; erst durch die Solidarität deutscher Kir-



Pfarrer Mofid Karajili

chen hätten sie erfahren, dass sie Teil einer großen Kirche sind. „Ohne euch hätten wir nicht weiter existieren können“, dankte Karajili der Landessynode, auf deren Einladung er nach Hannover gekommen war.

Im Rahmen des Projektes „Begegnen. Stärken. Lernen“ unterstützt die hannoversche Landeskirche evangelische Schulen in Syrien und in der Nähe der Flüchtlingslager im Libanon.

„Nostalgie ist eine verhängnisvolle Falle“

Bischofsbericht stellt das Thema Vertrauen und Vertrauensverlust in den Mittelpunkt

Eine „Leitwährung“ menschlichen Zusammenlebens stellte Landesbischof Ralf Meister in seinem Bericht vor der Landessynode in den Mittelpunkt: das Vertrauen. Diese Leitwährung zerfalle zurzeit sowohl in der Ökonomie wie in der Politik, stellte der Bischof fest: „In der Ökonomie erkennen wir betrügerische Absichten von großen Konzernen und teilweise eine Verwahrlosung von Anstand und Ehrlichkeit. Und da die Schere zwischen Macht und Politik immer weiter auseinanderfällt, also die Möglichkeit, politische Entscheidungen auch durchzusetzen, verfällt auch das Vertrauen in politische Leitung.“

Die Auflösung des Vertrauens auf einmal gültige Sicherheiten lockere soziale Bindungen und lasse viele Menschen verzweifelt nach anderen Anker suchen, stellte Meister fest. Eine Folge dieser Suche sei eine Art „Vertrauensbeschwörung“ – der Aufruf, Formen eines verbindlichen und verlässlichen Zusammenhaltes zu suchen. Viele Menschen flüchteten sich in Nostalgie: „Weil es keine Zukunft gibt, auf die wir vertrauen können, werfen wir unser Vertrauen nostalgisch auf vergangene Epochen.“ Dass es dabei immer auch um eine Wiederherstellung von Modellen von Homogenität, von Herrschaft, Gewalt und Ausgrenzung gehe, werde meist ausgeblendet.

„Diese Nostalgie idealisiert Zustände, die weder damals ideal waren noch heute taugen für eine globale Welt – diese Rückschau ist eine verhängnisvolle Falle“, formulierte Meister eindringlich. „Sie lähmt uns bei der Gestaltung einer lebensfähigen Zukunft.“

Vom Gottvertrauen werde in der allgemeinen Vertrauenskrise nur am Ran-



„Nostalgie lähmt uns bei der Gestaltung der Zukunft“: Ralf Meister wählte in seinem Bericht vor der Landessynode eindringliche Worte.

de gesprochen, stellte Meister fest. „Könnte es nicht sein, dass der metaphysisch unbehaute Mensch nach dem Vertrauen in Gott nun auch das Vertrauen in den Menschen verloren hat?“ Wenn eines der grundlegenden Sinnstiftungsmodelle nicht mehr akzeptiert und erlebt werde, zerfielen auch andere Formen des Miteinanders, die sich ursprünglich auf dieses erste und ursprüngliche Vertrauen, das Gottvertrauen, bezogen hatten.

„Die stärkste Geste und überzeugendste Haltung, die wir Christinnen und Christen unserer Welt schulden, ist ein mutiger, klarer und zukunftsfroher Blick nach vorn“, benannte Meister die vordringliche Anforderung an die Kirche. Neben einer klaren Haltung sei auch das konkrete Engagement gefordert: „Jeden Tag muss unsere Demokratie mit ihrer Freiheit, ihrer Gerechtigkeit, ihrer Gewaltenteilung, die auf der Volkssouveränität beruhen, verteidigt werden“, stellte der Bischof den Bezug Verfassungsentwurf der hannoverschen Landeskirche her.

An einem Punkt habe die Vertrau-

enskrise die Landeskirche selbst in besonderer Schärfe erfasst, führte Meister aus – die zahlreichen Fälle sexuellen Missbrauchs hätten einen Vertrauensverlust herbeigeführt, dessen Ausmaß sich kaum ermessen lasse.

„Wir stehen in Scham und Schuld“, so Ralf Meister. Gemeinsam mit dem katholischen Bischof in Hildesheim, Heiner Wilmer, habe er sich daher für eine konsequente und kompromisslose Strafverfolgung durch den Staat ausgesprochen. „Die Täter und Täterinnen haben nicht nur die Opfer schwer geschädigt, sondern auch das zwischenmenschliche Vertrauen in der gesamten Gesellschaft und in die Kirche zerstört – das war ein zweites Verbrechen.“

Es werde ein langer Weg werden, den begangenen Missbrauch aufzuarbeiten, betonte Meister. Für eine wirkungsvolle Prävention sei unter anderem eine externe wissenschaftliche Studie wichtig, die aufzeigen soll, ob es systemische Ursachen für sexualisierte Gewalt in den evangelischen Kirchen gibt. *Weiter auf S. 9*

Vertrauen in die eigene Wirksamkeit

Landesbischof würdigt das Engagement von 10.000 Kirchenvorsteherinnen und -vorstehern

Fortsetzung von S. 8

Unter der Überschrift „Vertrauen und Verantwortung“ würdigte Ralf Meister auch das Engagement der in diesem Jahr gewählten Kirchenvorsteherinnen und -vorsteher: „10.000 Menschen, die Zeit, Kraft und Kreativität aufwenden, damit es kirchliches Leben im Dorf oder im Stadtteil gibt – eine beeindruckende Zahl.“ Auch in der Zusammenarbeit von Kirchenvorständen, Pfarrämtern, Gemeindebüros und Kirchenämtern müsse Vertrauen wachsen und sei wichtig, damit alle gemeinsam an der Kirche der Zukunft bauen könnten. Im März 2020 werde es in Hannover einen Kongress der Kirchenvorstände geben, der stärker als die bisherigen Veranstaltungen auf Beteiligung setze und damit das Vertrauen in die eigene Wirksamkeit stärke.

„Das Thema lässt mich nicht los“, stellte Meister dem Teil seines Berichtes voran, der sich mit der Bewahrung der Schöpfung befasst. Der Kirche komme

dabei eine besondere Rolle zu, betonte er: „Wie wenige andere gesellschaftliche Akteure vermag sie Mahnerin, Mittlerin und zugleich Motor zu sein.“ Klimaschutz in der Kirche heiße an erster Stelle, weniger Gebäudeenergie zu verbrauchen. Um dies zu realisieren, sei es notwendig, auf Kirchengemeindeebene ein Energiemanagement zu betreiben; dafür wiederum brauche es Unterstützung durch die Kirchenkreise. Kirchenkreise sollten ihre Gebäudemanager auffordern, diesen Aufgabenbereich wahrzunehmen und die Hilfen, die das Haus kirchlicher Dienste anbietet, anzunehmen. „Klimaschutz muss zu unseren obersten Prioritäten gehören, wollen wir nicht das Vertrauen in unsere Glaubwürdigkeit verlieren“, betonte der Bischof.

Als eine Geste des Vertrauens bezeichnete er die Einladung an ihn, am britischen Remembrance Day in der Kathedrale von Ripon zu predigen. „Diese Nähe lässt hoffen,

dass es uns auch über den Brexit hinweg gelingen wird, eine vertraute und dichte Partnerschaft zu unseren Freunden in der Diözese Leeds aufzubauen. Gemeinsam erinnern wir an das unglaubliche Geschenk des Friedens und setzen uns ein für den Fortbestand Europas mit allen Kräften.“ In Anspielung auf eine fragwürdige Aussage aus der Politik fügte er an, Europa sei im 20. Jahrhundert die Lösung gewesen, nicht das Problem.

„Ich schlage vor, dass wir in allen Gremien in den ersten Monaten des kommenden Jahres überlegen, wie wir ermutigen können, zur Europawahl zu gehen“, appellierte der Bischof an die Landessynode. Darüber hinaus regte er an, die hannoversche Landeskirche möge sich dem Trägerverein für einen europäischen Kirchentag Anfang der 20-er Jahre anschließen. „International, konfessionell vielfältig und als starkes Zeichen für ein gemeinsames Europa“ – so solle dieser Tag gestaltet werden.



Dr. Bettina Siegmund

Vom Tiger zum Bettvorleger

Aussprache zum Bischofsbericht macht Lücken sichtbar

„Wir sind als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet“ – dieses ernüchternde Fazit zog Dr. Bettina Siegmund, Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses, in der Aussprache zum Bischofsbericht. Auf dem Feld des Klimaschutzes habe die Landeskirche an vielen Punkten Vertrauen verspielt: „Die Stelle des Klimaschutz-Managers wurde nicht entfristet, die Klimaschutz-Beauftragung ist nicht besetzt, das Thema Mobilität wurde nicht

bearbeitet. Im Gegenteil: Wir haben Strukturen geschaffen, die immer mehr Mobilität erfordern.“

„Ich erlebe unsere Kirche in der Frage des Klimaschutzes immer wieder als Bremserin“, bestätigte Martin Steinke aus dem Sprengel Osnabrück. „Wir mahnen immer wieder an, setzen aber selber nichts um“, kritisierte er und nannte als Beispiel seine ergebnislose Suche nach kirchlicher Förderung für den Umstieg vom Auto aufs E-Bike. *Weiter auf S. 10*

Ehrlichkeit im Klimaschutz

Fortsetzung von S. 9

Auch nach fünf Jahren Mitarbeit in der Landessynode sei ihm immer noch nicht klar, wie die Landeskirche eigentlich zum Klimaschutz stehe, schloss sich der Jugenddelegierte Claas Goldenstein an. Möglicherweise sei es am sinnvollsten, die Frage „Wie schaffen wir ein verbindliches Klimaschutzkonzept?“ mit einem ehrlichen „Gar nicht“ zu beantworten. Wirkungsvoller als der Versuch, ein Gesamtkonzept auf die Beine zu stellen, seien wahrscheinlich das Einfordern staatlicher Konzepte und die Unterstützung einzelner Initiativen.

Prof. Dr. Florian Wilk aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen erinnerte daran, „dass Europa auch kritische Sei-

ten im Blick auf unsere Organisationsform als Kirche hat“. Die Partnerschaft von Kirche und Staat in Deutschland sei einzigartig, bestätigte Ralf Meister, die Ausformung eines Religionsverfassungsrechtes in Europa müsse kritisch begleitet werden. Dennoch: „Europa ist eine Chance.“

„Wir sind als evangelische Kirche aufgerufen, die Demokratie zu verteidigen“, betonte Dr. Jörg Zimmermann, Synodaler aus dem Sprengel Lüneburg. Vielleicht, so seine Anregung, müsse die Landeskirche in diese Verteidigung ebenso viel Energie investieren wie ins Reformationsjubiläum: „Das würde das Vertrauen in Demokratie und Zukunft vielleicht stärken.“

Stellen für den Bau

„Durch die Einrichtung von sechs neuen Stellen für die Baufachverwaltung wird überhaupt erst wieder ein Arbeiten entsprechend der Dienstweisung möglich“, redete Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt mit Blick auf den Haushaltsplan Klartext. Die allgemeine Baukonjunktur werde immer überhitzer, die Rechtslage immer komplizierter für Mitarbeitende im Amt für Bau- und Kunstpflege, für die Fachleute in den Kirchenkreisen und für Ehrenamtliche in der Gemeindeleitung. „Wir dürfen diese Leute fordern, aber wir dürfen sie nicht dauerhaft überfordern“, so Schmidt. Bei einem jährlichen Bauvolumen von 70 bis 90 Millionen Euro machten es die neuen Stellen nun möglich, Fachleuten eine Perspektive zu bieten.

Höchster Realzuwachs seit zehn Jahren

Landessynode beschließt Doppelhaushalt 2019/2020 – Krämer fordert Haushaltsdisziplin

Der Haushaltsplan für die Jahre 2019 und 2020 ist unter Dach und Fach: Mit großer Mehrheit verabschiedete die Landessynode zum Ende der XI. Tagung das umfangreiche Zahlenwerk, das von Dr. Rolf Krämer, Leiter der Finanzabteilung, eingebracht wurde.

Auffällig ist der starke Anstieg der geplanten Ausgaben in den kommenden beiden Jahren: „Mit einem preisbereinigten Plus von 5,4 Prozent haben wir den höchsten Realzuwachs seit zehn Jahren“, erklärte Krämer. Dennoch sei der Doppelhaushalt solide und zukunftsweisend: Die geplanten Investitionen von 6,1 Millionen (2019) bzw. 3,7 Millionen Euro (2020) ließen sich aus den Überschüssen begleichen; der Etatplan entspreche damit den Grundsätzen der rechtmäßigen Haushaltsführung.

Das ordentliche Jahresergebnis, also die Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen, sehe weniger rosig aus, stellte Krämer fest. Während das Jahresergebnis für 2019 aufgrund der hohen Kirchensteuereinnahmen noch ein Plus von 1,6 Millionen ausweist, rutscht dieses Ergebnis im Folgejahr mit 6,2 Millionen ins Defizit. Diese Zahlen ließen sich durch eine restriktive Haushaltsführung in den kommenden beiden Jahren noch beeinflussen, so Krämer. Dennoch seien sie ein Hinweis darauf, dass zukünftig die Aufwendungen durch die laufenden Erträge nicht mehr gedeckt werden könnten.

Die folgenden Punkte hob Krämer in seiner Einbringungsrede besonders hervor: 15 Millionen zusätzlich für die Gesamtzuweisung an Kirchenkreise und -gemein-

den; zusätzliche Mittel und Personalstellen für die Förderung der Kirchenmusik; rund vier Millionen Euro für die Arbeit mit Geflüchteten; zehn Millionen für das kirchliche Schulwerk und 52 Millionen für die Kindertagesstätten; zwei Millionen für die Digitalisierung in Kirchenämtern und weitere 1,6 Millionen für die Umstellung auf das neue Umsatzsteuerrecht; 2,5 Millionen für das Gebäude- und Energiemanagement. Spätestens ab 2025 werde das nachlassende Kirchensteueraufkommen durchschlagen, mahnte Krämer – erforderlich sei daher eine große Haushaltsdisziplin.

In den Ausschüssen habe es einige Beunruhigung aufgrund von zusätzlich geplanten 39,8 Personalstellen gegeben, erklärte Gerhard Tödter, Vorsitzender des Finanzausschusses. *Weiter S. 11*

Sorge über Ausweitung des Stellenplans

Nach 2020 soll es keinen weiteren Stellenaufwuchs mehr geben

Fortsetzung von S. 10

Zur Kompensation seien konkrete Einsparungen an anderer Stelle nötig. Für die Evangelische Medienarbeit (EMA), die mehrere zusätzliche Stellen angemeldet hatte, wurde ein Sperrvermerk für drei Stellen verhängt – die Einrichtung ist jetzt gefordert, ihr gewünschtes Haushaltsvolumen um rund 100.000 Euro zu reduzieren.

Sorgen bereite die Stellenplanung im Bereich der Pfarrstellen, erklärte Tödter: 186 Abgängen in den kommenden beiden Jahren stünden nur etwa 100 Zugänge gegenüber. Finanziell sehe es für die Kirchengemeinden und -kreise aber erst einmal gut aus: In der Gesamtuweisung für 2019 erhalten sie zehn Millionen zusätzlich, 2020



Gerhardt Tödter

noch einmal fünf Millionen. „Wir wollen durch dieses zusätzliche Geld strukturelle Maßnahmen ermöglichen, mit denen sich die Kirchengemeinden auf den nächsten Planungszeitraum

einstellen können. Die Kirchenvorstände sollten damit nicht ihre Rücklagen ausbauen“, mahnte Tödter.

„Wir haben die Stärkung verschiedener Arbeitsbereiche in unserer Kirche gewollt; das geht nicht ohne zusätzliche Stellen“, stellte Rolf Bade aus dem Sprengel Hannover klar. Dennoch sei in den Haushaltsberatungen ein Stopp-Signal aufgestellt worden: „In den folgenden Haushaltsjahren darf es keinen Stellenaufwuchs mehr geben.“

Eckart Richter aus dem Sprengel Stade erklärte, er könne die Ausweitung des Stellenplans um fast 40 Stellen nicht mittragen; den mittlerweile erreichten Anteil an Personalkosten könne kein Unternehmen dauerhaft tragen.

Rechtzeitige Kommunikation fehlte

EMA: Synodale kritisieren fehlende Beteiligung im Kuratorium und beim Stellenzuschnitt

In der landeskirchlichen Einrichtung Evangelische Medienarbeit (EMA), hervorgegangen aus dem früheren Evangelischen MedienServiceZentrum, sind der sogenannte Themenraum und die Arbeitsfelder Kampagnen und Design versammelt. Der im Haushaltsplan 2019/2020 abgebildete große Zuwachs an Personalstellen für diese drei Bereiche resultiere unter anderem daraus, dass die Einrichtung in den Etatverhandlungen vor zwei Jahren nicht bedacht worden sei, erklärte Arend de Vries, Geistlicher Vizepräsident im Landeskirchenamt, in seinem Bericht zur Umsetzung des landeskirchlichen Kommunikationskonzeptes. Die befristet eingerichteten Stellen müssten nun verstetigt werden; so auch

die Stelle des Direktors. Auch das geplante Adressmanagement brauche zusätzliches Personal, ebenso die Auspielung von Nachrichten und der Bereich Social Media. Wie mit dem im Haushaltsplan verankerten Sperrvermerk für drei der geforderten Personalstellen umgegangen werde, müsse in den kommenden Wochen geklärt werden.

„Es ist eine ganz neue Art von Arbeit, um Aufmerksamkeit und Deutungsstärke zu kämpfen, und diese Arbeit wird 24 Stunden an sieben Tagen geleistet“, bekräftigte EMA-Direktor Klaus Motoki Tonn. Um dies sicherzustellen, brauche es zusätzliche Ressourcen.

„Die EMA ist Teil der Landeskirche, sie muss daher auch die Situation der

Landeskirche in Bezug auf zusätzliche Personalstellen wahrnehmen“, erwiderte Jörn Surborg, Vorsitzender des Landessynodalausschusses. Er hätte sich gewünscht, dass die EMA früher eine Kommunikationsschleife zur Landessynode eingezogen hätte. Surborg beklagte auch die mangelnde Beteiligung des Kuratoriums, das als Beratungsgremium die grundlegenden Fragen im Blick behalten müsse.

„Es passt nicht, dass der Öffentlichkeitsausschuss beim Zuschnitt der Stellen nicht beteiligt wurde“, kritisierte auch Martin Sundermann aus dem Sprengel Ostfriesland-Ems. „Ich habe Sorge um eine ausreichende Beteiligung der Landessynode.“

Enge Verbindung zur Landeskirche

Bibelarbeit mit Rabbiner Dr. Gábor Lengyel beeindruckte die Landessynode

„Vielen Dank, dass ich mit euch eine Bibelstunde halten darf. Auch wenn die Einrichtung des gesetzlichen Feiertages am 31. Oktober schmerzt, bleibt meine Verbindung zur Landeskirche uneingeschränkt bestehen. Das habe ich auch meinem Bruder Ralf Meister am 31. Oktober in der Marktkirche gezeigt, trotz einiger Widerstände in der jüdischen Gemeinde.“ Mit klaren, versöhnlichen und verbindenden Worten leitete Rabbiner Dr. Gábor Lengyel seine Bibelarbeit mit den Synodalen ein. Zuvor hatte Wencke Breyer, Vizepräsidentin der Landessynode, den Rabbiner aus der Liberalen Jüdischen Gemeinde in Hannover begrüßt und seine nicht nachlassende Dialogbereitschaft gewürdigt.

Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Mitglieder der Landessynode der Bibelauslegung Lengyels zum jüdischen Grundbekenntnis „Schma Jisrael“ (Höre, Israel, der Ewige ist unser Gott, der Ewige ist einzig. 5. Mose, Kapitel 6). Der Rabbiner stellte die Bedeutung dieser Worte für Jüdinnen und Juden heraus: „Das sind die ersten Worte, die Juden lernen, die letzten, die sie am Abend sprechen und auch die letzten, die sie vor ihrem Tode hören.“



Wencke Breyer dankt Rabbiner Dr. Gábor Lengyel mit Blumen und herzlichen Worten.

Wie tief das „Schma Jisrael“ im Leben gläubiger Jüdinnen und Juden verankert ist, konnten die Synodalen aus einer Erzählung aus der Zeit der Shoah erfahren, die Lengyel vortrug: Woran wohl ließen sich jüdische Kinder in einem Waisenhaus erkennen und von den nicht-jüdischen Kindern unterscheiden? Als ihnen das „Höre, Israel“ vorgetragen wurde, weinten sie und riefen nach ihren Müttern. „Das Schma waren die letzten Worte, die die Kinder von ihren Müttern gehört hatten“, schloss Lengyel seine Bibelarbeit.

Geschlossen erhoben sich die Synodalen und dankten dem hannoverschen Rabbiner für seine Worte mit langem Applaus. „Ich blicke in viele tief bewegte Gesichter“, sagte Wencke Breyer.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
25. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers
von der landeskirchlichen Pressestelle
Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse (verantw.)
unter Mitwirkung des Evangelischen
Pressedienstes Niedersachsen-Bremen
(epd) und der Presse- und Öffentlich-
keitsbeauftragten der Sprengel

Grafik: Marc Vogelsang
Evangelische Medienarbeit (EMA)

Satz: Andrea Hesse

Fotos: Jens Schulze, Merle Specht

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen
www.synode.landeskirche-hannovers.de

Bischofsbericht:



Zwei neue Mitglieder

Die Landessynode hat zwei neue Mitglieder: Präsident Dr. Matthias Kannengießer begrüßte Superintendent Philipp Meyer aus Hameln und Rechtsanwältin Dr. Viva-Katharina Volkmann aus Verden in den Reihen der Synodalen. Philipp Meyer

rückte für den verstorbenen Pastor Burkhard Kindler aus Edemissen nach, Viva-Katharina Volkmann übernahm den Sitz von Pastor Henning Mahnken aus Firrel. Er hatte sein Mandat nach der X. Tagung niedergelegt.